

# EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

POLITISCHE BRIEFE DES EVANGELISCHEN ARBEITSKREISES  
DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN/CHRISTLICH-SOZIALEN UNION

Herausgegeben von

Oberkirchenrat D. Dr. Hermann EHLERS · Präsident des Deutschen Bundestages · Stellvertretender Vorsitzender der CDU  
und Bundesminister Dr. Robert TILLMANN, MdB · Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes der CDU

2. Jahrgang - Sondernummer zur bayerischen Landtagswahl am 28. November 1954

## I N H A L T

|                                                     |       |
|-----------------------------------------------------|-------|
| D. DR. HERMANN EHLERS † .....                       | S. 1  |
| DIE UNION .....                                     | S. 4  |
| DIE LEBENDIGE KRAFT .....                           | S. 6  |
| GERECHTIGKEIT ERHÖHET EIN VOLK .....                | S. 7  |
| GESUNDE POLITIK .....                               | S. 8  |
| EIN WORT DER KIRCHE .....                           | S. 10 |
| DIE EVANGELISCHEN LANDTAGS-KANDIDATEN DER CSU ..... | S. 12 |

### D. DR. HERMANN EHLERS †

Bundestagspräsident Oberkirchenrat D. Dr. Hermann Ehlers ist nicht mehr unter uns. Für den Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU, durch den Dr. Ehlers in umfassender Weise die geistigen und personalen Kräfte des evangelischen Raumes politisch zu aktivieren sich bemühte, bedeutet sein jäher Abruf einen besonders schmerzlichen Verlust. Sein Verdienst war es in erster Linie, daß weithin brachliegende Kräfte und widerstrebende Elemente des reformatorischen Bekenntnisses für eine gemeinsame, verantwortungsbewußte politische Arbeit der Christen beider Konfessionen in einer christlichen Partei gewonnen werden konnten. Er ging auf in dieser Arbeit. Sein Wesen und Wollen bleiben uns Vermächtnis und Verpflichtung für die künftige Arbeit der evangelischen Christen in der Union und dieser Union für Deutschland.

Wir meinen deshalb, nichts Besseres tun zu können, als an den Anfang dieser Sonderausgabe der "Evangelischen Verantwortung" anläßlich der bayerischen Landtagswahl 1954 zur Wegweisung einige Abschnitte aus seinen Reden und Aufsätzen der letzten beiden Jahre zu stellen.

Die Red.

Redaktion: Hans Strümpfel

Geschäftsstelle des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU · Bonn, Görresstraße 40, Ruf: 21131

Druck und Verlag: Bonn, Argelanderstraße 173 · Erscheint monatlich



Auf einer Wochenendtagung der Akademie der Diözese Rottenburg/a.N.  
am 22. Februar 1953:

"Man kann eine Einigung im Glauben nicht dadurch erzielen, daß jeder von seiner Glaubensüberzeugung fünfzig Prozent abläßt und man sich dann in einem Vergleich über den Rest einigt. Das ist eine Sache, über die wir uns völlig klar sein müssen; und ich möchte auch glauben, daß diese Vorstellung nur noch bei einigen rettungslos Vorgestrigen vorhanden ist. Man darf und kann die konfessionellen Unterschiede in keiner Weise bagatellisieren. Wir haben aber im Kirchenkampf die merkwürdige Erfahrung gemacht, daß Menschen, die ihren Glauben bis zur letzten Konsequenz ernst nehmen, viel eher den Weg zueinander finden als Menschen, die dies nicht tun."

In der "Evangelischen Verantwortung", 1. Jahrgang Nr. 1 vom März 1953:

"Die Praxis der Auseinandersetzung mit dem totalitären Staat hat ebenso wie das Bemühen um den Neubau einer demokratischen Ordnung gezeigt, daß die Christen - ob sie nun evangelischen oder katholischen Bekenntnisses sind - in fast jeder politischen, sozialpolitischen, wirtschaftspolitischen oder kulturpolitischen Entscheidung gemeinsam handeln können. Selbst wenn es dabei im Einzelfall Unterschiede der Auffassung gibt, wurde jedesmal deutlich, daß diese Unterschiede im Vergleich zu den Differenzen gegenüber anderen Parteien und politischen Richtungen gering und überwindbar sind..."

Die Männer und Frauen, die ihren politischen Weg in der CDU/CSU sahen, wollten dazu helfen, daß eine geprägte christliche Verantwortung in der deutschen Politik gestärkt wird und daß der evangelische Volksteil seinen eigenen und eigenständigen Beitrag dazu leistet."

Auf dem 4. Bundesparteitag der CDU in Hamburg am 19. April 1953:

"Wir sind beim Neubeginn unseres politischen Weges 1945 nicht aus theoretischen Erwägungen, sondern aus praktischen, in Not und Tod bewährten Erfahrungen zu der Überzeugung gekommen, daß es für uns keine andere tragfähige Grundlage unseres politischen Handelns geben kann als die Verantwortung vor dem Worte Gottes. Wir bekennen uns auch heute uneingeschränkt zu dieser Ansicht. Wir werden unsere Gegner nicht dazu bringen, uns zu glauben, daß das kein pharisäischer Ausschließlichkeitsanspruch ist. Sie werden uns immer wieder vorwerfen, daß wir damit andere zu schlechteren Christen stempelten, und auf unsere eigene, oft genug höchst kümmerliche christliche Existenz verweisen. Das letztere kann uns nur heilsam sein, wenn es uns zu größerem Ernst in der Wahrnehmung unserer Verantwortung zwingt..."

Wir sind, wie das Christen zu sein vermögen, in unserer Politik merkwürdig undogmatisch und werden es auch bleiben. Wir sind es, weil wir wissen, daß uns im



politischen Raum nicht die Entscheidung der Glaubensfragen aufgetragen ist, und daß wir ebensowenig den Kirchen ihre Aufgaben wegzunehmen haben wie die Kirchen uns die unsrigen. Darum können wir auch in einer für viele Leute höchst befremdlichen Weise die politische Gemeinschaft evangelischer und katholischer Christen manifestieren. Wir wollen und werden in unserem Bereich die Konfessionsunterschiede nicht überwinden; aber wir werden mit Zähigkeit an der Erkenntnis festhalten, daß Menschen, die e i n e n Gott, e i n e n Herrn Jesus Christus und e i n e Taufe haben, in den politischen Fragen des Tages gerufen sind, bis an die Grenze des Möglichen gemeinsam zu handeln. Und wenn wir es noch nicht gelernt hätten, dann müßten es uns die Gegner einbläuen, die gegen diese Gemeinschaft Sturm laufen, um endlich wieder die getrennt marschierenden Haufen vereint schlagen zu können."

Auf dem 5. Bundesparteitag der CDU in Köln am 28. Mai 1954:

"Soweit die 'Klerikalisierung' nur eine Wahlkampfparole darstellt, haben wir uns mit diesem Thema überhaupt nicht auseinanderzusetzen. Soweit echte Sorgen und Probleme hinter dieser Frage sichtbar werden - und sie werden da und dort sichtbar - können wir nur sagen: Wir sind politische Partei und nicht Kirche. Wir wünschen die Abstände zwischen der politischen Partei und der Kirche nicht zu verwischen. Die CDU ist nicht die Kirche, und die Kirche ist nicht die CDU...

Niemand wird bestreiten, daß es Grenzfälle, daß es auch kirchlichen oder politischen Übereifer gibt. Vor ihnen zu warnen, ist unsere Aufgabe! Wir möchten aber deutlich aussprechen, daß die Gefahren, die durch solchen Übereifer und durch gelegentliches Vergessen der Grenzen zwischen Kirche und Staat entstanden sind und entstehen mögen, wesentlich geringer sind als die Schäden, die dadurch eingetreten sind, daß ein angeblich aufgeklärtes Zeitalter weder mit der Kirche noch mit dem Staate etwas anderes anzufangen wußte, als sie zum Tummelplatz seiner Freiheitsideologien zu machen...

Es hilft uns ja gar nicht weiter, wenn man uns - auch von theologischer Seite - immer wieder vorträgt: es gäbe keinen christlichen Staat, keine christliche Schule, keine christliche Partei. Wir haben jedenfalls erlebt, daß es einen antichristlichen Staat gibt, daß es eine christentumsfeindliche Schule gibt und daß es christentumsfeindliche Parteien gegeben hat. Dann wollen wir mit unserer Politik jedenfalls erreichen, daß das Gegenteil davon sichtbar wird; wie man das nennen mag, soll uns gleichgültig sein."

"Evangelische Verantwortung", 2. Jahrgang Nr. 10 vom Oktober 1954:

"Evangelisch-katholische Zusammenarbeit im politischen Raum ist ein förderalistischer Auftrag und keine Integration. Jede Seite muß sich über das Eigenleben der anderen Konfession klar sein. Dabei wäre es eine große Hilfe, wenn jede Seite



mehr Mühe daran wenden würde, die andere besser kennen und verstehen zu lernen. Ich fürchte, daß auf beiden Seiten vorgefaßte Meinungen vorhanden sind, die vielleicht um die Jahrhundertwende richtig waren...

Die politische Zusammenarbeit will die Konfessionen nicht überwinden, sie will sie in ihrem Glauben und Leben nicht verändern. Sie hat aber nur dann eine Chance, segensreich zu sein, wenn sie beiden Seiten einen gegenseitigen Respekt vor der Wahrheit, die jede Seite aus ihrem Verständnis des Wortes Gottes zu verkündigen sich berufen sieht, aufnötigt, und wenn dieser Respekt in der Liebe, die Christen einander schulden, sichtbar wird."

---

## DIE UNION

von Ministerpräsident Dr. Hans Ehard  
Landesvorsitzender der Christlich-Sozialen Union

Das deutsche Parteienwesen ist vom Weltanschaulichen nicht zu trennen. Das hängt mit unserer Art und unserer Geschichte zusammen. Das weltanschauliche Element wird auch in Zukunft unser Parteienwesen sehr wesentlich beeinflussen, und von ihm wiederum werden Existenz und Zukunft unserer Demokratie abhängig sein. Gelingt es also nicht, geeignete demokratische Parteien hervorzubringen und zu festigen, würde es nicht mehr lange dauern, bis die politischen Parteien und demokratischen Institutionen samt Verfassungen ins Schwanken gerieten - was einem Versagen der Demokratie überhaupt gleichkäme.

Für ein gesundes Spiel der demokratischen Kräfte in Deutschland ist deshalb die Existenz einer starken, weltanschaulich fundierten und zur praktischen Arbeit befähigten demokratischen Partei, einer echten, weit ausstrahlenden Mitte, unentbehrlich.

Diese Mitte ist gegeben durch unsere Union, die aus der Erkenntnis heraus gegründet wurde, daß in einem säkularisierten Zeitalter wie dem unsrigen die uns gestellte Aufgabe nur durch das Zusammenwirken aller, die sich Christen nennen und Christen sein wollen, mit Erfolg gelöst werden kann - die Aufgabe nämlich, die Ordnungen des Staates und des öffentlichen Lebens in Einklang zu bringen mit den festen Grundsätzen einer christlichen Ordnung.

Die konzentrisch geführten Angriffe der Gegner unserer Partei haben die Argumentation gemeinsam: die CSU konfessionalisiere das öffentliche Leben und unterwerfe es der Herrschaft der "Oberkirchenräte und Prälaten". Wir wissen nur zu gut, warum dieses Argument immer wieder auftaucht und warum immer wieder parteipoli-



tisch mit ihm gearbeitet wird. Ist es doch so, daß man sich von einem zwischen die Konfessionen getriebenen Keil auch die Aufspaltung jener starken Mitte erhofft, die den parteipolitischen Glücksrittern verschiedenen Couleurs stets von neuem den Wind aus den Segeln nimmt. Tatsächlich aber sind diese Gegner unserer Partei den Beweis für ihre Unterstellungen schuldig geblieben, die nichts anderes sein können als eine böswillige Irreführung der öffentlichen Meinung, eine Irreführung, die offenkundig auch dazu bestimmt ist, die Diskussion in unsachliche Sphären zu verlagern.

Gerade deswegen wird sich jedoch der Unionsgedanke auch in Zukunft stärker als alle auf seine Zerstörung gerichteten Spekulationen erweisen, denn die von dem Geist und dem Wollen der Union erzielte Leistung und Gestaltung unseres öffentlichen Lebens sprechen eine zu beredte Sprache. Die Christen beider Konfessionen, denen unsere Partei zur politischen Heimstätte geworden ist, haben seit dem chaotischen Zusammenbruch des Jahres 1945 in mühevoller Arbeit den bayerischen Staat erhalten, wieder aufgebaut und ihn zu einem gesunden demokratischen Staatswesen und damit zu einem Rückhalt der erfolgreichen demokratischen Entwicklung in Deutschland werden lassen.

Diese Arbeit ist noch nicht beendet; sie muß weitergeführt werden. Sie muß im Zeichen einer die Arme weit ausgebreitet haltenden Union geschehen, in der für alle Platz ist, die nur einen Funken christlicher Gesinnung, föderalistischer Anschauung, demokratischer Überzeugung und sozialen Geistes in sich tragen.

Es wäre gerade für Christen vermessen zu glauben, daß die Zukunft des Christentums auf den Schultern einer politischen Partei liege. Aber ebenso vermessen ist es, die Christen in verschiedene politische Lager auseinanderreiben zu wollen und zu bestreiten, daß die wesentlichen Anliegen der Christen im öffentlichen Leben gemeinsame Anliegen sind, wenn sie gegenüber einer anders denkenden und handelnden Welt erfolgreich bestehen sollen. Darum dürfen wir uns im Hochhalten des Urprinzips unserer Union - das in der politischen Zusammenarbeit der beiden christlichen Konfessionen besteht - nicht irremachen lassen, sondern müssen noch mehr zusammenstehen, um der gemeinsamen Sache und jeder um seiner eigenen Sache willen!

Diesem Wollen Ausdruck zu verleihen und es in die Tat umzusetzen, gibt die Landtagswahl am 28. November, die für unser Land von entscheidender Bedeutung sein wird, Gelegenheit. Sie nicht ungenützt verstreichen zu lassen, ist unser aller

*Anliegen.*



## DIE LEBENDIGE KRAFT

von Bundesminister Franz Josef Strauss

Die Christlich-Soziale Union ist im Jahre 1945 nach der großen Katastrophe der deutschen Geschichte als neue Partei gegründet worden. Männer und Frauen der beiden christlichen Konfessionen haben sich damals im Glauben an die Hilfe Gottes und im Vertrauen auf die Zukunft des deutschen Volkes zusammengefunden, um unser geliebtes deutsches Vaterland aus christlichem Geiste heraus wieder aufzubauen und Deutschland als geachtetes Mitglied in die Gemeinschaft der freien Völker zurückzuführen.

Diese Männer und Frauen hatten erkannt, daß die Zersplitterung der christlichen Kräfte in Deutschland und die Abwendung von Christentum unser Land an den Rand des Abgrunds, ja, bis an die Grenze der völligen Vernichtung gebracht hatten. Sie waren sich darüber klar, daß die sittlichen und seelischen Kräfte des Christentums zur Rettung Deutschlands zusammengefaßt und im öffentlichen Leben zur Geltung gebracht werden mußten. Wenn damals, in der dunkelsten Stunde unserer Geschichte, jemand vorausgesagt hätte, was eine von den christlichen Kräften beider Konfessionen getragene Politik innerhalb weniger Jahre wieder aus unserem Vaterland machen würde - er wäre als größtenwahnsinniger Phantast ausgelacht worden.

Der Gedanke der Union ist in der Zeit der größten Not unseres Volkes entstanden und als rettende Kraft von Millionen von Menschen freudig begrüßt worden. Ich bin heute noch stolz darauf, daß ich mich damals, als Heimkehrer aus dem großen Krieg, dieser neuen Bewegung anschloß und ihren Zielen mit all meinen Kräften dienen konnte. Ähnlich wie mir ist es Hunderttausenden im ganzen deutschen Vaterland ergangen, die nicht wünschten, daß das alte System von Weimar mit seinem parteipolitischen Hader und mit seiner Zersplitterung der christlichen Kräfte im politischen Raum wieder auflebte, sondern die von der Erkenntnis geleitet waren, daß die Not unseres Volkes nur überwunden und eine freie Zukunft Deutschlands nur errungen werden kann, wenn Männer und Frauen der beiden christlichen Bekenntnisse im politischen Leben eng zusammenstehen.

Es zeugt von einer furchtbaren Verwirrung oder von einer bedauerlichen Hetze, wenn ein prominenter liberaler Politiker jüngst erklärte, daß das Christentum keine politische Kraft von großer Bedeutung mehr darstelle oder darstellen dürfe. Wir möchten nicht behaupten, daß es außerhalb unserer Reihen keine Christen gäbe; aber das stärkste Bollwerk der Freiheit gegenüber dem Bolschewismus ist nicht der demokratische Sozialismus, der sich nicht vom Marxismus lösen kann, und ist nicht der Liberalismus, sondern ist die lebendige Kraft des Christentums.



Die katholische und die evangelische Kirche sind in der Vergangenheit gemeinsam verfolgt worden. Ihre Anhänger und Prediger sind zu Tausenden in den Konzentrationslagern verschwunden. Die Not der Verfolgung lastet heute auf allen christlichen Konfessionen jenseits des Eisernen Vorhanges. Noch haben wir die Möglichkeit, unser politisches und damit auch unser persönliches Schicksal in Freiheit zu gestalten.

Lassen wir uns in dieser ernsten Stunde unseres politischen Weges nicht von Mißverständnissen, nicht von bedauerlichen Fehlern - die auf beiden Seiten begangen werden - irremachen! Lassen wir uns nicht verhetzen von denen, die in der Union deshalb eine Gefahr sehen, weil sie mit ihren veralteten und verstaubten Scheinidealen nicht mehr zum Zuge kommen. Unseren Kritikern geht es nicht um die Gleichberechtigung der katholischen mit der evangelischen oder der evangelischen mit der katholischen Konfession. Ihnen geht es darum, beide Bekenntnisse unter Ausnutzung der jahrhundertealten Gegensätze gegeneinander auszuspielen, um damit die Kraft des Christentums im öffentlichen Leben soweit als möglich zu schwächen oder überhaupt zum Erliegen zu bringen.

Angesichts dieser Situation mit ihrer durchsichtigen Hetze ist es die Aufgabe der katholischen und evangelischen Christen in unserem Volke, in der Vertretung ihrer gemeinsamen Interessen zusammenzustehen, das Trennende zu überbrücken und das Gemeinsame an die Spitze zu stellen. Wenn wir Christen uns zusammenfinden, wird keine andere politische Kraft uns überwinden und den Gang der deutschen oder der bayerischen Politik gegen unseren Willen bestimmen können.

---

#### GERECHTIGKEIT ERHÖHET EIN VOLK

von Dr. Paul Nerreter

Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium des Innern

Wer dem Staate dient - sei es als Politiker oder als Beamter -, kann diesen Dienst nur recht tun, wenn er sich stets die Aufgabe vor Augen hält, die dem Staate gesetzt ist. Das Zusammenleben von Menschen kann sich nur in einer Ordnung vollziehen, und zwar nicht in einer willkürlich geschaffenen, sondern in einer gerechten Ordnung. Diese aufzurichten und zu gewährleisten, muß das oberste Ziel aller politischen Bestrebungen sein.

Daß der Staat hierbei in erster Linie für eine intakte Zivil- und Strafrechtspflege zu sorgen hat, ist selbstverständlich. Dem Gebot der Gerechtigkeit ist jedoch auch die gesamte Verwaltungstätigkeit des Staates unterworfen, wofür die Verwaltungsgerichte eine Garantie bieten. Dem Gesetzgeber selbst aber obliegt die Pflicht, richtiges Recht zu setzen, worüber nach unseren Verfassungen die Verfassungsgerichte zu wachen haben.

Gerechtigkeit kann sich nicht damit begnügen, geschehenes Unrecht zu beseitigen



und zu sühnen. Sie verlangt darüber hinaus, daß drohendes Unrecht bereits vorbeugend verhindert wird. So gehört eine gerechte Handhabung des Polizeiwesens zu den Merkmalen eines rechten Staates. Es darf nicht geschehen, daß die Freiheit von Staatsbürgern durch den Terror einzelner Gruppen beeinträchtigt wird. Vielmehr muß jedermann im Staate die Gewißheit haben, sein friedliches Tagewerk ohne Bedrängnis und Furcht verrichten zu können.

Gerechtigkeit muß beim Aufbau aller öffentlichen Einrichtungen oberste Richtschnur bleiben. Sie muß auch unser Wirtschafts- und Sozialleben durchdringen: Beim Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern, Gemeindeverbänden und Gemeinden müssen die Steuerquellen gerecht verteilt werden; es darf keine Bevorzugungen und Benachteiligungen geben. Im Widerstreit der Gruppeninteressen und der Interessentengruppen kann nur dann ein dauerhafter Ausgleich gefunden werden, wenn die, die dazu berufen sind, um ihre Verantwortung für eine gerechte Preis- und Lohngestaltung wissen. Der Grundsatz der Gerechtigkeit gilt nicht zuletzt auch für die Handhabung der sozialen Fürsorge.

Weiterhin verlangen Kulturpolitik und Schulwesen nach einer gerechten Ausgestaltung. Es sollen Friede und Eintracht unter den Konfessionen herrschen; dies aber ist nur möglich, wenn jedem Bekenntnis sein Lebensrecht zuteil wird.

Wie die Gerechtigkeit die Grundlage des Staates bildet, so hat sie auch das Fundament der Völkergemeinschaft darzustellen. Es muß also Vorsorge getroffen werden, daß sich auch im Verhältnis der Staaten untereinander nicht die Gewalt an die Stelle des Rechtes setzt. Die Obrigkeit eines Staates handelt somit aus christlicher Verpflichtung, wenn sie ausreichende Vorkehrungen trifft, daß die Bürger dieses Staates nicht durch Überfall von außen her ihrer Freiheit verlustig gehen.

Bei diesen Betrachtungen soll indessen nicht verkannt werden, daß die Gerechtigkeit zwar ein äußerst wichtiges Prinzip menschlichen Zusammenlebens, mitnichten aber das einzige hierfür ist. Ü b e r der Welt des Gesetzes steht die Welt des Evangeliums. So handelt der Staat auch richtig, wenn er der Liebestätigkeit der christlichen Kirchen - vor allem in der Sorge für die Kranken, die Alten, die Hilfsbedürftigen aller Art und nicht zuletzt für unsere Jugend - Raum gibt, sie schützt und fördert. Denn die Liebe ist des Gesetzes Erfüllung.

---

## GESUNDE POLITIK

von Pfarrer Alfons Kreußel

Erster Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CSU

Jedes politische Handeln, das aus ideologischen Grundauffassungen heraus geschieht, ist in seinem innersten Kern krank. Denn ideologisches Denken vermag die Wirklichkeit nicht mehr zu sehen und muß so früher oder später unabsehbare Katastrophen zur Folge haben. Rechtes politisches Handeln wird letztlich immer ein praktisches, ja sogar pragmatisches Handeln sein. Nun sind wir allerdings der Überzeugung, daß die Wirklichkeit nur von Menschen richtig gesehen werden kann, die in ihrem Gewissen an die Wahrheit der Offenbarung des lebendigen Gottes gebunden sind. Der Glaube an den Herrn Christus befreit von allen ideologischen Scheuklappen und öffnet den Weg zum freien Dienst auch und gerade in der Welt des Politischen. Man mag darüber streiten, ob es im strengen Sinn eine christliche Politik gibt. Über eines sollte unter Christen jedoch keine Mei-



nungsverschiedenheit bestehen: Nur wer sich Gott in all seinem Tun und Lassen verantwortlich weiß, wird richtige und gesunde Politik betreiben können.

In diesem Sinne kann gerade eine Partei wie die CDU/CSU eine echte politische Partei sein. Haben sich doch in ihr Christen beider Konfessionen zu gemeinsamem politischen Handeln zusammengefunden. Jeder ist in seiner Kirche verwurzelt, um dort die Stimme seines Herrn und Meisters zu hören. Dadurch wird es unmöglich, ideologisch zu handeln; denn es gibt nun einmal keine Una Sancta in der Wirklichkeit unseres Daseins. Das größte Mißverständnis, dem das politische Wollen der CDU/CSU ausgesetzt ist, besteht darin, daß man in ihr gleichsam den politischen Exponenten einer Una-Sancta-Bewegung sieht. Dabei kommt es dann zu jenen verhängnisvollen Kurzschlüssen, bei denen notwendige Kontroversen auf der kirchlichen Ebene in den politischen Bereich übertragen werden. Hier muß immer wieder auf eine strenge und saubere Unterscheidung gedrungen werden. Wir sind froh und dankbar, daß evangelische und katholische Christen vieles Gemeinsame verbindet. Aber das wird nicht verhindern, daß wir an manchen Punkten - deren allerdings weit weniger sind, als der Außenstehende oft meint - eine gemeinsame Entscheidung nicht zu treffen vermögen. Deshalb gibt es in der CDU/CSU keinen, wie immer auch gearteten Fraktionszwang. Es muß und wird getragen werden, wenn wir hier und dort zu unterschiedlichen Schlußfolgerungen und Forderungen kommen. Gerade solche Spannungen erweisen die Echtheit der politischen Entscheidungen; und an ihnen wird die vielgenannte Toleranz praktiziert. Die anderen Parteien müssen sich allen Ernstes fragen lassen, ob sie sich den Weg freien politischen Handelns nicht gerade dadurch versperren, daß sie ihre Entscheidungen eben aus sozialistischen, liberalen oder nationalistischen Ideologien heraus fällen.

Es kann keine Frage sein, daß gesunde Politik eine echte Partnerschaft zwischen evangelischen und katholischen Christen in der CDU/CSU voraussetzt. Noch einmal: es geht nicht um eine nebelhafte Una Sancta, sondern um das Wohl des Staates, in dem wir nun einmal als evangelischer und katholischer Bevölkerungsteil zusammenleben und deswegen eine gemeinsame politische Basis finden müssen, wenn wir diesen unseren Staat nicht in schweren Auseinandersetzungen untergraben wollen. Genau hier setzen die Bemühungen des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU ein. Genau hier haben wir ein entscheidendes Vermächtnis des allzu früh von uns genommenen Gründers und Vorsitzenden dieses Arbeitskreises, Bundestagspräsident Oberkirchenrat D.Dr. Hermann Ehlers, zu übernehmen und zu pflegen. Der Evangelische Arbeitskreis der CSU will die evangelischen Christen unseres Heimatlandes sammeln und für solche echte Partnerschaft in der CSU zurüsten. Nur praktische politische Verantwortlichkeit kann allen Minderwertigkeitskomplexen den Boden entziehen. Wir wollen nicht vergessen, daß Zaudern und Furcht stets die schlechtesten Ratgeber gewesen sind. Unsere Aufgabe besteht darin,



allen Extremen abzusagen, jedes willkürliche Abschweifen zu verhindern und unsere politischen Vorstellungen auf die politischen Gegebenheiten zu konzentrieren.

Gesunde Politik wird immer eine Politik des Ausgleichs und der Mitte sein. Es kann keinen Zweifel darüber geben, daß der evangelische Bevölkerungsteil gewisse politische Tugenden noch lernen muß. Wie aber sollten sie zu gewinnen sein, wenn nicht im aktiven politischen Handeln des Alltags? Hier bietet der Evangelische Arbeitskreis die geeignete Plattform.

Die bevorstehende Landtagswahl in Bayern darf nicht so betrachtet werden, als gehe es hier um eine Entscheidung von zweitrangiger Bedeutung. Die Politik der Bundesregierung bedarf der Bestätigung durch die politischen Körperschaften der Bundesrepublik. Dazu gehört auch der Bundesrat. Bisher hat sich Bayern als ein treuer Gefolgsmann der Bundesregierung erwiesen. Bayern konnte das, weil seine Politik maßgeblich von der CSU bestimmt wurde. Es ist unsere Aufgabe, der Bundesregierung in diesem Sinne auch weiterhin den nötigen Rückhalt zu geben.

So erfüllen wir am besten die biblische Mahnung: "Suchet der Stadt Bestes!"

---

#### EIN WORT DER KIRCHE

Wir stehen vor der Wahl eines neuen Landtags. Diese Wahl bringt viele in Verlegenheit. Es sind nicht wenige evangelische Staatsbürger, die sich politisch heimatlos fühlen. Ihnen sei gesagt: "Nicht-wählen bedeutet keine Lösung dieser Verlegenheit, es könnte vielmehr radikalen Strömungen zugute kommen."

Als evangelische Christen wissen wir darum, daß es in der Politik um nüchterne und vorläufige Entscheidungen geht. Es gibt keine ideale Partei. Kritik ist notwendig; aber sie wirkt nur dann fruchtbar und aufbauend, wenn sie in verantwortlicher Beteiligung am politischen Leben geschieht. Innerhalb der Parteien die Stimme des evangelischen Gewissens tapfer und zäh zur Geltung zu bringen, ist besser, als abseits zu stehen oder protestierenden Splittergruppen seine Stimme zu geben.

Als evangelische Christen wissen wir darum, daß das politische Leben verdirbt, wenn nicht auch in seinem Bereich Gott als der Herr anerkannt wird. Wir lehnen eine kirchliche Bevormundung des politischen Lebens ab; aber wir müssen unermüdlich darauf hinweisen, daß das staatliche Leben Schaden leidet, wenn es nicht vom Gehorsam gegen Gottes Gebote getragen wird.



Wo der Fanatismus einer Weltanschauung regiert, wo der Mensch nicht mehr als Gottes Geschöpf geachtet wird, wo man nichts mehr vom Schutz des Sonntags wissen will, wo Ehe, Familie und Jugend der Zersetzung preisgegeben, gottgewollte Autorität untergraben und die Ehre des Mitmenschen mißachtet werden - da wird der Boden zerstört, auf dem allein das Leben des Staates gedeihen kann.

Wir brauchen in unserer Volksvertretung Männer und Frauen, die sich nicht scheuen, den Mächten der Zerstörung entgegenzutreten und den göttlichen Geboten Geltung zu verschaffen; die etwas davon wissen, daß die Gesundung unseres Volkes nicht in der immer weiter getriebenen Erhöhung des Lebensstandards liegt, sondern in der zuchtvollen Einordnung in das Volksganze, in der sozialen Gerechtigkeit und wahren Hilfsbereitschaft gegenüber dem "armen Lazarus", der nicht einmal das Existenzminimum hat.

An die Parteien haben wir folgendes Anliegen:

Sie mögen darauf achten, daß der W a h l k a m p f sauber und sachlich geführt wird.

Das politische Leben fordert echte T o l e r a n z . Diese äußert sich u.a. auch darin, daß christlichen Eltern nicht das Recht geschmälert wird, ihre Kinder einer Schule anzuvertrauen, die ihrer Überzeugung entspricht.

F r a k t i o n s z w a n g darf nicht dazu führen, daß echte Gewissensentscheidungen verhindert werden.

Bei der Besetzung führender Staatsstellen sollten nicht die Parteizugehörigkeit, sondern charakterliche Eignung und Sachkenntnis entscheiden. Dabei dürfen wir erwarten, daß die konfessionelle P a r i t ä t im personellen wie im sachlichen Bereich gewahrt wird und nicht nur in Worten, sondern in sinnfälligen Zeichen zum Ausdruck kommt.

Wir rufen dazu auf, mit uns Gott zu bitten, daß er den Männern und Frauen, die sich zur Wahl stellen, die Augen für die Verantwortung öffne, die sie vor ihm und vor dem Ganzen unseres Volkes tragen. Wir wollen selbst als evangelische Staatsbürger dazu beitragen, den neuen Landtag so zu gestalten, daß er dem Wohle unseres Landes und des ganzen deutschen Volkes dient.

München, im November 1954

gez. D. Meiser DD  
Landesbischof

---



## DIE EVANGELISCHEN LANDTAGS-KANDIDATEN DER CSU

### Stimmkreis:

|                                            |                                                     |
|--------------------------------------------|-----------------------------------------------------|
| Ansbach Stadt und Land                     | Georg Mack, Bauer, Auerbach/Mittelfranken           |
| Bayreuth Stadt und Land                    | Heinrich Vogel, Bauer, Laineck/Landkr. Bayreuth     |
| Dinkelsbühl-Feuchtwangen                   | Wilhelm Bachmann, Landwirt, Röckingen/ü.Wassertrud. |
| Donauwörth-Nördlingen                      | Hermann Lutz, Bauer und Kaufmann, Öttingen          |
| Ebermannstadt-Pegnitz                      | Rudolf Eberhard, Landrat, Ebermannstadt             |
| Erlangen Stadt und Land                    | Viktor Maurer, Kaufmann, Erlangen                   |
| Fürth Stadt                                | Elisabeth Nägelsbach, Fürsorgerin, Nürnberg         |
| Kulmbach Stadt und Land,<br>Stadtsteinach  | Dr. Freiherr von Gersdorff, Kulmbach                |
| München IX                                 | Arthur Krumm, Diakon, München                       |
| Nürnberg I und VI                          | Alfred Euerl, Kaufm. Angestellter, Nürnberg         |
| Nürnberg Land - Fürth Land                 | Leonhard Binder, Landwirt, Langenzen                |
| Rothenburg-Uffenheim                       | Dr. Paul Nerreter, Staatssekretär, München          |
| Schwabach Stadt und Land                   | Heinrich Meier, Stellvertr. Landrat, Georgensgmünd  |
| Schweinfurt Stadt und Land                 | Erich Rosa, Bauer, Schweinfurt-Oberndorf            |
| Weißenburg Stadt und Land,<br>Gunzenhausen | Georg Bachmann, Ökonomierat, Westheim/Gunzenhausen  |

Wahlkreisliste Mittelfranken: Dr. Ludwig Schönecker, Rechtsanwalt, Ansbach  
Dr. Gottfried Potzler, Arzt, Schwabach  
Hermann Ulmer, Sozialgerichtsrat, Nürnberg

Mit der Wahl zum Bayerischen Landtag ist erstmalig die Bezirkstagswahl verbunden. Die Liste der CSU im Wahlkreis Mittelfranken wird von dem Vorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises der CSU in Mittelfranken, Landrat Dr. Hans K ü s s - w e e t t e r , angeführt.

=====

### ZUR BEACHTUNG

Die Geschäftsstelle des Evangelischen Arbeitskreises der Christlich-Sozialen Union befindet sich in Dinkelsbühl/Mittelfr., Segringerstr. 30/III. (Ruf: 365).